



STADT
GREVENBROICH

DER BÜRGERMEISTER

Grevenbroich, den 11.09.2017

Ergebnisprotokoll

über die Bürgerversammlung zur Vorstellung der Ergebnisse für die Gestaltungsvarianten des „Platz der Deutschen Einheit“

Datum:	Ort:	Dauer:
31.08.2017	Sitzungssaal im Bernardushaus	19.00 Uhr bis ca. 21.30 Uhr

Teilnehmer:

Anwohner, Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer und weitere Interessierte

Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Dipl.-Ing. (FH) Jan Siebenmorgen Planungsgruppe MWM

Teilnehmer der Verwaltung:

Herr	Florian Herpel	Beigeordneter
Frau	Dorothea Rendel	FBL Stadtplanung/ Bauordnung
Herr	Peter Mühlenbruch	FBL Bauen/ Garten/ Umwelt
Frau	Brigitte Laurenz	FDL Grünanlagen und Umweltschutz
Frau	Ingeborg Hacker	komm. FBL Ordnungsamt
Frau	Sylvia Wogirz	FDL Steuern, Abgaben und Beiträge
Frau	Tamara Hodissen	Fachdienst Steuern, Abgaben und Beiträge
Herr	Bernd Sprünken	FDL Stadtplanung
Frau	Ursula Hauguth	Fachdienst Stadtplanung
Herr	Christian Eßer	Fachdienst Stadtplanung

Ablauf der Veranstaltung

1. Eröffnung der Veranstaltung und Begrüßung
2. Vorstellung der Gestaltungsvarianten durch die Planungsgruppe MWM
3. Fragen und Anregungen aus der Aus der Bürgerschaft

TOP 1

Beigeordneter (Bg) Herr Herpel eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr im Bernardussaal. Er begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, Herrn Siebenmorgen sowie die Anwesenden der Verwaltung.

Er informiert die Anwesenden darüber, dass durch Herrn Siebenmorgen auf Grundlage der Ergebnisse des Bürgerworkshops vom 09.06.2017 in der heutigen Veranstaltung zwei Gestaltungsvarianten präsentiert werden. Als eine dritte Variante benennt Bg Herpel die auch schon im Workshop vom 09.06.2017 von einigen Anwohnern des Quartiers benannte Variante, wonach keine Umgestaltung der Platzmitte erfolgen würde.

Weiterhin informiert er darüber, dass eine Vorberatung der Gestaltungsvarianten in der Lenkungsgruppe ISEK am 13.09.2017, die Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 19.09.2017 und die Beschlussfassung durch den Rat am 05.10.2017 erfolgen soll.

Er weist darauf hin, dass die bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu stellenden Förderanträge sinnvolle Abschnitte umfassen müssen, wodurch die Platzgestaltung, wenn auch erst ab 2020 geplant, bereits in diesem Jahr, gemeinsam mit weiteren Straßenumgestaltungsmaßnahmen, beantragt werden muss.

Zudem informiert Bg Herpel darüber, dass für die Umgestaltung des Platzes selbst keine Anliegerbeiträge erhoben werden, da diese Maßnahmen nicht beitragspflichtig sind. Im Anschluss an die Veranstaltung werden zu diesem Thema auch vom zuständigen Fachbereich noch weitere Ausführungen gemacht (vgl. Präsentation).

TOP 2

In seiner Präsentation, welche auch auf der Homepage der Stadt Grevenbroich zum Download bereit steht, stellt Herr Siebenmorgen die beiden erarbeiteten Gestaltungsvarianten für den Platz der Deutschen Einheit vor.

Im Folgenden werden diese beiden Varianten kurz zusammengefasst:

Bei der **Variante A** „Platzanlage aus einem Guss“ steht der Platzcharakter im Vordergrund, wodurch mit der Gestaltung einer einheitlichen niveaugleichen Oberfläche der Platz erweitert und somit Raum für Veranstaltungen und Sondernutzungen geöffnet wird. Um Fläche zu gewinnen, werden die vorhandenen Bäume entfernt. In der Nähe des Denkmals, welches nicht versetzt wird, soll zur Betonung ein Solitärbaum gepflanzt werden. Hin zur Rheydter Straße werden einige wenige neue Sitzgelegenheiten geschaffen, die durch Hochbeete mit säulenförmigen Bäumen zum Verkehrsraum abgegrenzt werden. Transparenz soll durch Bepflanzung der Hochbeete mit Ziergräsern geschaffen werden. Weitere neue Baumstandorte befinden sich in den Platzrandbereichen.

Bei **Variante B** soll der Platz durch eine zentrale angehobene Platzfläche als Bühne erkennbar werden. Barrierefreie Zugänge zu diesem Platz wird es von zwei Seiten geben, ansonsten ist der Platz über bis zu zwei Treppenstufen erreichbar sein. Die Rampe im Norden des Platzes lädt die Fußgänger ein, den Platz zu queren und ihn nicht wie bisher nur zu streifen. Somit steigt die Frequenz des Platzes. Raum für Sondernutzungen durch Gastronomie steht entlang der Bahnstraße hin zum Kreisverkehr zur Verfügung. Weder das Denkmal noch die vorhandenen Bäume sollen hierbei versetzt/ verlagert werden. Der Platz selbst wird, wie jetzt auch schon, von allen Seiten einsehbar sein.

TOP 3

Die von der aus der Bürgerschaft aufgeworfenen Fragen, Anregungen und Stellungnahmen wurden zu Themenblöcken zusammengefasst. Die Verwaltung bezieht zu diesen Ausführungen wie folgt Stellung:

Initiative gegen den Umbau

Durch die Initiative von Anwohnern des Platzes wurden über 300 Unterschriften gegen den Umbau des Platzes gesammelt. Die Argumente dieser Initiative sind als Anlage zu diesem Protokoll beigefügt (Anlage 1).

Initiative: *„Die Bäume auf dem Platz der Deutschen Einheit sollen erhalten bleiben, deshalb darf der Platz nicht abgesenkt werden.“*

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Variante B bleiben die vorhandenen Bäume an den bisherigen Standorten erhalten; durch Hochbeete könnten die Bäume als Kompromiss auch in der Variante A Bäume erhalten bleiben.

Initiative: *„Keine Neubepflanzung mit teuren, neuen und niedrigen Bäumen wie Platanen.“*

Stellungnahme der Verwaltung:

In Variante A ist die Neupflanzung eines Baumes vorgesehen, der den Platz betonen soll, sowie von Säulenbäumen in den den Platz begrenzenden Hochbeeten gepflanzt werden sollen; niedrige Platanen sind hierfür ungeeignet; bei Variante B bleiben alle vorhandenen Bäume am bisherigen Standort erhalten.

Initiative: *„Der Platz ist ausreichend barrierefrei und mit Rollstuhl oder Rollator erreichbar, vom Kreisverkehr und über die Rheydter Straße.“*

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch den bisherigen Ausbau des Platzes und der Randbereiche im Separationsprinzip gibt es zahlreiche Barrieren und damit Hindernisse für Menschen mit eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten. Von den Bürgersteigen über die Straße zum Platz zu gelangen, ist heute fast nicht möglich. Während bei der Variante A ein flächiger Ausbau von Hauswand zu Hauswand, ohne eine Barriere erfolgen kann, wird bei Variante B nur die Mitte angehoben, die mit großzügigen Rampen barrierefrei befahrbar wird. Insgesamt wird man breite, verkehrsberuhigte Bereiche vorfinden, die uneingeschränkt nutzbar werden.

Initiative: *„Keine Steuergeldverschwendung“*

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Umbau der Bahnstraße – die Vernetzung von Fußgängerzone und Bahnhof – ist das Kernprojekt des ISEKs und Grundlage für die Förderzusagen des Landes. Der Platz der Deutschen Einheit stellt das Entree zum Bahnhofsviertel dar und ist ein wichtiges Scharnier im städtebaulichen und sozialräumlichen Gefüge. Für die Umgestaltung des Platzes gibt es ein festes Budget, das vom Rat beschlossen und vom Rhein-Kreis Neuss genehmigt ist. Das Land gibt hierfür eine Förderzusage. Grundsätzliches Ziel der Städtebauförderung des Landes ist es, durch die Aufwertung des öffentlichen Raumes, Eigentümer zu motivieren, den Gebäudebestand aufzuwerten und das Quartier insgesamt zu attraktivieren.

Gegenüber dem Fördermittelgeber (Bund und Land) ist im Rahmen von Verwendungsnachweisen zu dokumentieren, wofür die beantragten und bewilligten Mittel ausgegeben werden. Eine Verschwendung von Steuermitteln ist nicht ersichtlich.

Initiative: *„Keine unnützen Kosten für Anlieger (Rentner/Rentnerinnen und Familien).“*

Stellungnahme der Verwaltung:

Da die geplanten Umgestaltungen auf dem Platz selbst nicht beitragsfähig sind, können hierfür keine Anliegerbeiträge (KAG) erhoben werden.

Initiative: *„Für die angedacht Nutzung des Platzes für Kinoveranstaltungen ist jeweils der fachgerechte Aufbau eine Leinwandgerüstes, Lautsprecheranlagen usw. nötig. Die Kosten belaufen sich über 1.500 Euro für jede Veranstaltung. Dazu kommen dann noch die Gebühren an die Rechteinhaber für Musik und Filme. Niemand wird das bezahlen wollen. Für Musikveranstaltungen gibt es keine Sponsoren, denn für Material und Musikrechte müssen sehr hohe Gebühren an die GEMA bezahlt werden.“*

Stellungnahme der Verwaltung:

In den vergangenen Jahren haben Kinoabende auf dem Platz stattgefunden, sie wurden unabhängig von der Stadtverwaltung aus dem Quartier heraus organisiert. Niemand wird zu Ausgaben gezwungen. Die Gestaltungsvorschläge respektieren multifunktionale Ansprüche an den Platz und eröffnen Möglichkeiten für vielfältige Nutzungen. Aus dem Quartier wurden an die Verwaltung neben dem Kinoabend Nutzungen wie z.B. Weihnachtsmarkt, Bio-Wochenmarkt, Quartiersfeste etc. herangetragen. Die Verwaltung geht davon aus, dass keine Veranstaltungen durchgeführt werden, deren Finanzierung durch z. B. Sponsoren, nicht im Vorfeld geklärt werden.

Initiative: *„Die Problematik Hundeklo ist nicht zu beseitigen durch andere teure Bodenmaterialien.“*

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Problem Hundeklo ist ein Problem, das durch die Halter der Hunde verursacht wird. Dies kann kein Grund sein, dass Straßenräume, die in die Jahre gekommen sind und einer Erneuerung bedürfen, nicht nach Jahrzehnten überarbeitet werden müssen. Hundekotbeutel, Mülleimer und ordnungsbehördliche Maßnahmen sowie Kommunikation sollten den Umbau begleiten. Daneben besteht immer die Hoffnung, dass der Respekt vor dem „Neuem“ zu einer Verhaltensänderung führen kann.

Initiative: „Dem Verweilen von stark alkoholisierten Personen oder alkoholkranken Personen, die Stunden unter Krawall verweilen, ist nicht mit Verschönerung zu begegnen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Das ISEK vereint verschiedene Handlungsansätze, die aus förder-technischen Gründen teils parallel, teils zeitversetzt verlaufen. Auf der einen Seite sind es z.B. hier die verschiedenen Bauabschnitte für den Umbau der Bahnstraße und des Platzes, auf der anderen Seite ist es die Arbeit eines Quartiersmanagers, der bald möglichst seine Arbeit im Quartier aufnehmen sollte. Daneben gilt es Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst zu zeigen. Es wird angestrebt den Platz so aufzuwerten, dass er von den Bürgern des Quartiers angenommen wird; das könnte zu Verdrängungseffekten führen.

Initiative: „Der Leerstand von Ladenlokalen wird zunehmen, da die Parkplätze am „Platz der Deutschen Einheit“ wegfallen sollen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Platz der Deutschen Einheit darf nicht isoliert, sondern im Gesamtumbaukonzept gesehen werden. Das Parken wird im gesamten Quartier neu organisiert und Parkplätze findet man - je nach Variante - unmittelbar am Platz und in allen Seitenstraßen, die an den Platz münden. Am Platz selbst gibt es derzeit keine Leerstände. Ladenlokale, die nach außen hin wie ein Leerstand wirken, sind nach Erfassung des Innenstadtmanagements vermietet und werden zum Teil als Lagerflächen genutzt.

Zur Verkehrskonzeption

Die Entwürfe zur veränderten Verkehrsführung – basierend auf den Ergebnissen des Workshops vom 27.02.2016 – verfolgen folgende Ziele:

- Parkplatzkapazitäten besser nutzen – Parkplatzregelung überarbeiten
- Repräsentatives Stadtbild von Fußgängerzone bis Ostwall
- Lärm- und geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen
- Steigerung der Aufenthaltskapazität und Attraktivierung der Wegeverbindungen für die Fußgänger
- Durch Einbahnstraßen Verkehre verträglicher und sicher abwickeln
- Nahmobilität fördern

Aus der Bürgerschaft:

Durch den Wegfall von Parkplätzen werden Vermieter im Quartier ihre Wohn- und Geschäftseinheiten nur schwierig vermietet bekommen und dadurch finanzielle Einbußen erleiden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wie bereits oben ausgeführt, wird das Parken im gesamten Bahnhofsquartier neu organisiert und umverteilt. So werden die Parkplätze im Bereich des Platzes der Deutschen Einheit durch zusätzliche Stellplätze am Bahnhof und mehr Stellplätze in der mittleren Bahnstraße kompensiert.

Darüber hinaus wurde aktuell ein Parkraumkonzept für den innerstädtischen Bereich auf den Weg gebracht. Es sieht vor allem für die Bewohner im Bahnhofsquartier eine Verbesserung vor, da die Anwohner pro KFZ einen Anwohnerparkausweis erhalten sollen und nicht mehr nur einen je Haushalt.

Durch die Umbaumaßnahmen wird zudem die Qualität für Fußgänger und Radfahrer im Quartier verbessert. Durch breitere Gehwegbereiche in der Rheydter Straße erhalten die Geschäftstreibenden bspw. die Möglichkeit auch Außengastronomie, unter Berücksichtigung der öffentlich-rechtlichen Anforderung, anbieten zu können.

Aus der Bürgerschaft:

Wenn die Händler im Quartier durch die neu geplante Verkehrsführung finanzielle Einbußen verzeichnen, wird es ihnen nicht mehr möglich sein Veranstaltungen im Quartier zu unterstützen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zurzeit entsteht der Eindruck, dass durch die geänderte Verkehrsführung die Kunden nicht mehr zu den Geschäften finden. Jedoch werden die Autofahrer durch die neue Einbahnstraßenregelung intuitiv entlang den Geschäften stetig vorbeigeführt. Neu angelegte Parkbuchten ermöglichen zudem auf beiden Seiten der Rheydter Straße das Parken. Es ist daher nicht damit zu rechnen, dass zukünftig dauerhafte Belastungen und finanzielle Einbußen entstehen. Temporäre Einschränkungen für den Zeitraum der eigentlichen Umbaumaßnahmen können selbstverständlich nicht vollkommen ausgeschlossen werden, soll aber durch einen zügigen Umbau auch auf ein Minimum reduziert werden.

Aus der Bürgerschaft:

Durch die geplante Verkehrsführung wird der Anlieferverkehr durch LKW auf der Dechant-Schütz-Straße und Rheydter Straße zum Problem für die Fahrer.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Vergleich zu heute werden die Parkstände und Baumpflanzungen verändert. Es wird daher nach der Umgestaltung der Dechant-Schütz-Straße nicht zu Problemen kommen. Die Schleppkurven, wie sie seiner Zeit berechnet wurden, sind auch nach Anregung eines Anwohners dieser Straße nochmals auf Grundlage der Neuplanung überprüft worden.

Aus der Bürgerschaft:

Bereits heute wird der Bahnhof zum überwiegenden Teil über die Rheydter Straße und Dechant-Schütz-Straße angefahren. Die künftige Umleitung des Verkehrs auf die Orkener Straße wird zu einer dortigen Mehrbelastung führen. Zudem ist die Orkener Straße für diese (Mehr-) Belastungen nicht ausgelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verkehrsanalyse der Planungsgruppe MWM deren Grundlage eine Verkehrszählung im Geltungsbereich des ISEK-Gebietes darstellt, hat ergeben, dass der Großteil des PKW Verkehrsaufkommens mit dem Ziel Bahnhof und/ oder P+R Anlage bereits jetzt schon über die Orkener Straße fährt. Gleiches gilt für den Busverkehr, der aufgrund der Abbiegung zum Bahnhof keine andere Möglichkeit hat, als über die Orkener Straße zu fahren. Im Vergleich zur Bahn- und Rheydter Straße ist der Straßenraum in der Orkener Straße zwischen den Häuserfronten breiter. Zudem ist die Fahrbahn überwiegend durch einen Grünstreifen und einen Fuß- und Radweg vom Straßenraum getrennt. Durch die Entlastung der oberen Bahnstraße wird vorwiegend ein durch Wohnen geprägter Straßenzug beruhigt; hierdurch steigt die Wohnqualität deutlich.

Zur Einbahnstraßenregelung

Aus der Bürgerschaft:

Wenn die Einbahnstraßenregelung auf der Rheydter Straße kommt, werden die dortigen Geschäfte und Betriebe unter dieser Regelung leiden, so wie es in anderen Städten auch der Fall war.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der künftig vorgesehenen Verkehrsführung im Bahnhofsquartier mit der Einbahnstraßenregelung in Form eines Ringverkehrs über die Bahnstraße, Dechant-Schütz-Straße und Rheydter Straße werden die Verkehrsteilnehmer stets in Fahrtrichtung entlang der im Quartier ansässigen Geschäftsbetriebe geführt.

Zudem wird im Förderantrag für das nächste Programmjahr neben Maßnahmen für ein Verkehrsleitsystem auch eine neue Beschilderung für motorisierten und nicht-motorisierten Verkehr beantragt. Hierzu soll auch ein Fußgängerleitsystem gehören, welches von der Kerninnenstadt aus, auf die Betriebe im Bahnhofsquartier hinweist.

Für nicht Ansässige im Quartier, die bspw. aus den Ortsteilen Orken, Noithausen, Kapellen, Wevelinghoven kommen, ändert sich zudem auch nichts, da der Verkehr wie jetzt auch über die Von-Goldammer-Straße und die Dechant-Schütz-Straße geführt wird. Ab dem Parkplatz am Bahnhofsvorplatz wird dann künftig in Richtung Rheydter Straße die Einbahnstraßenregelung greifen.

Aus der Bürgerschaft:

1. Wie wird der genaue Verlauf der Einbahnstraßenregelung auf der Bahnstraße und im Bahnhofsquartier sein?
2. Wie wird man künftig von der Alten Bergheimer Straße in die Innenstadt gelangen?
3. Wie ist die Einbahnstraßenregelung mit den jetzt geplanten Verkehrsführungen zur Diskussion gekommen?
4. Wie wurde mit dem Anschreiben der Geschäftsleute auf der mittleren Bahnstraße von Mai 2016 umgegangen?

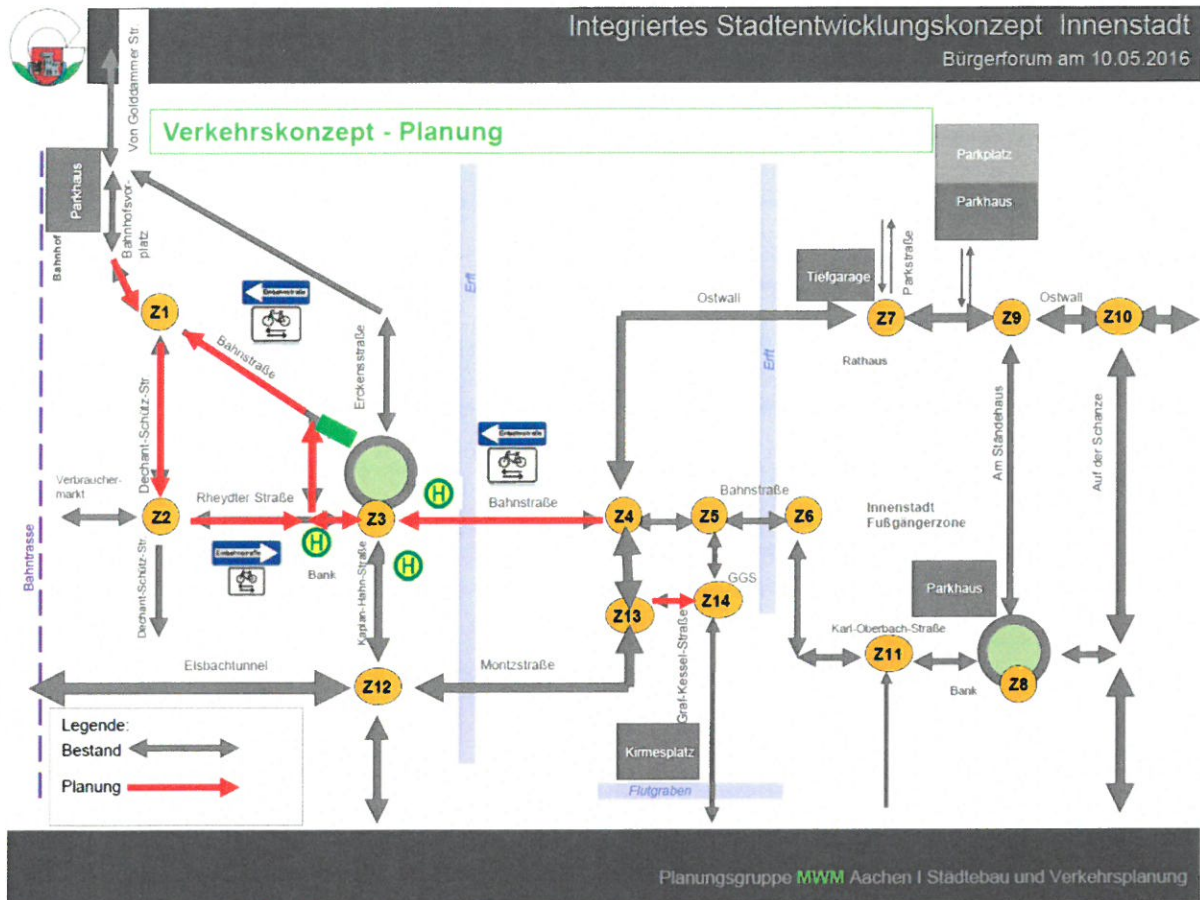
Stellungnahme der Verwaltung:

zu 1:

In der beigefügten schematischen Darstellung ist die künftige Verkehrsführung dargestellt:

Vom Bahnhof kommend, wird der motorisierte Verkehr über die Dechant-Schütz-Str. zum Kreisverkehr am Platz der Deutschen Einheit geführt (Z3 in der Abb.). Von dort kann man über die Kaplan-Hahn-Str. und die Montzstraße in die Innenstadt fahren oder links in die obere Bahnstraße einbiegen. Den Bahnhof erreicht man vom Kreisverkehr aus wie gewohnt über die Orkener Straße.

Von der Innenstadt kommend, wird man wie gewohnt über die mittlere Bahnstraße bis zum Kreisverkehr am Platz der Deutschen Einheit geführt (Z3 in der Abb.). Der Zielverkehr zum Bahnhof wird durch die Orkener Str. abgeführt. Über die obere Bahnstraße und die Dechant-Schütz-Str. wird man zur Rheydter Str. geleitet. Über die obere Bahnstraße erreicht man nicht mehr den Bahnhofsvorplatz, da hier auch im Bereich Z1 (vgl. Abb.) nur noch ein Einrichtungsverkehr möglich ist.



Die Präsentation die die Verkehrskonzeption darstellt ist auch über die Homepage der Stadt „Wohnen, Bauen & Umwelt“ -> „ISEK“ -> „Bürgerbeteiligung“ abrufbar.

zu 2:

Um aus der Alten Bergheimer Straße das Ziel Innenstadt zu erreichen, wird man künftig wie gewohnt rechts auf die Montzstraße abbiegen, dann rechts auf die Kaplan-Hahn-Straße und im Kreisverkehr wieder zurück auf Kaplan-Hahn-Straße und Montzstraße fahren. Im Vergleich zum bisherigen Weg, welcher vom Kreisverkehr über die Bahnstraße führt, sind mit einem KFZ derzeit im günstigsten Fall 460 m zu fahren, künftig beläuft sich diese Strecke dann auf rund 620 m und damit lediglich 160 m mehr.

zu 3:

Im Bürgerworkshop wurden zwei Varianten für eine Einbahnstraßenregelung diskutiert, die nach einer verkehrstechnischen Untersuchung durch das Büro Geiger & Hamburgier zu einem Verkehrskonzept entwickelt wurden. Es war auch ausdrücklicher Wunsch der Teilnehmer des Workshops durch eine Reduzierung der Fahrbahnen mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen und damit die Aufenthaltsqualität im Quartier zu steigern.

Variante I: Einbahnstraße Bahnstraße von Ostwall in Richtung Kreisverkehr
Bei dieser Variante muss die Linksabbiegespur auf der Kaplan-Hahn-Straße verlängert werden und die Signalisierung im Hinblick auf den höheren Linksabbiegeranteil angepasst werden. Für die Hauptverkehrsrichtung ergeben sich keine Beeinträchtigungen.

Variante II: Einbahnstraße Bahnstraße vom Kreisverkehr in Richtung Ostwall Die Rechtsabbieger, die am Ostwall in die Bahnstraße abbiegen wollten müssten bis zur Kaplan-Hahn-Straße fahren um dort rechts abbiegen zu können. Dazu ist der Bau eines ca. 100m langen Rechtsabbiegestreifens erforderlich. Dies ist auf Grund des Brückenbauwerks über den Flutgraben jedoch nicht möglich. Auch im Bereich der Montzstraße gibt es keinen Platz für die Anlage eines solchen Rechtsabbiegestreifens.

An der Kreuzung Ostwall/Bahnstraße würden ebenfalls zweitweise Defizite auftreten, da die Linksabbieger der beiden Bahnstraßenäste den Geradeaus- und Rechtsabbiegeverkehr behindern, weil die gleichzeitig freigegebenen Fuß- und Radfahrer zu beachten sind.

Das Gutachten sprach sich für die Variante I (derzeitige Planung) aus. Dem ist die Verwaltung auf Grund der Hinweise der Bürger im Bürgerworkshop gefolgt, wonach der Verkehr ins Bahnhofsquartier geleitet werden soll.

zu 4:

Die Überprüfung der Verkehrsführung auf der mittleren Bahnstraße wurde aufgrund von Anregungen der Anwohner/ Geschäftsleute von Mai 2016 abermals überprüft. Das Schreiben der Anwohner vom 24.05.16 war an den FB 61 gerichtet mit Durchschrift an den Bürgermeister und die Fraktionen. Das Schreiben lag damit dem BM und der Politik vor.

Die Liste mit den Unterschriften war an den BM gerichtet und in einer Anlage zum Schreiben beigefügt.

In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 31.05.16 wurde im Protokoll festgehalten, dass die Einbahnstraßenregelung im Bereich mittlerer Bahnstr. nochmals geprüft werden sollte.

In der Lenkungsgruppe am 30.08.16 wurde auf die Anregung der Geschäftsleute Bezug genommen, erläutert, dass die Regelung mittlere Bahnstr. erneut geprüft werden (u.a. Signalisierung) ist und der Anregung der Geschäftsleute nicht gefolgt werden kann. Auch in der PowerPoint von MWM wurde Bezug genommen auf die Fragen zur Einbahnstraßenregelung der mittleren Bahnstraße.

In der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 13.09.16 wurde in der PowerPoint-Präsentation auf das Thema Bezug genommen und im Protokoll festgehalten, dass die erneute Prüfung der Einbahnstraßenregelung gezeigt hat, dass der Anregung der Geschäftsleute nicht sinnvoll gefolgt werden kann. Am 29.09.16 erfolgte die Beschlussfassung im Rat.

Das Schreiben lag keiner Vorlage bei, da es den beratenden Fraktionen und Personen bereits bekannt war, wie die Niederschriften zeigen. In der PowerPoint-Präsentation und dem Vortrag ging das Planungsbüro auf die Anregung der Bürger ein, das angeregte Thema wurde erneut von Fachbüros überprüft und in den Ratsgremien darüber berichtet, dass man der Anregung der Geschäftsleute nicht folgen kann.

Soziale Probleme im Quartier

Aus der Bürgerschaft:

Ist das Angehen der sozialen Probleme Bestandteil des Handlungskonzeptes?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die sozialen Probleme sollen im Rahmen des Handlungskonzeptes, durch den Einsatz eines Quartiersmanagers angegangen werden. Inwiefern eine Lösung der Problematik hierdurch

herbeigeführt werden kann, wird abzuwarten sein. Daneben gilt es Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst zu zeigen. Kommunikation im Quartier und ein reges Miteinander können für die Problembewältigung sehr förderlich sein.

Lärmproblematik durch Außengastronomie

Aus der Bürgerschaft:

Bereits durch die jetzigen gastronomischen Nutzungen auf der Bahnstraße sowie im Bahnhofsquartier kommt es immer wieder zu Lärmkonflikten zwischen Gastronomie und Anwohnern. Durch eine Aufwertung des Platzes und die Möglichkeit zur Ausweitung des gastronomischen Angebotes sind weitere Ruhestörungen zu befürchten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung kann bei Beschwerden aufgrund ungenehmigter Außengastronomie oder nicht Einhaltung der genehmigten Öffnungszeiten einschreiten. Bei Neugenehmigung werden die Zeiten für die Nutzung der Außengastronomie beschränkt. Der spontane Aufenthalt vor Gaststätten ohne Außengastronomie kann nicht reglementiert werden. Gastronomen werden in Konfliktfällen auf die Problematik aufmerksam gemacht und sollen auf die Gäste entsprechend einwirken.

Mangelnde Bürgerbeteiligung

Aus der Bürgerschaft:

Die Bewohner im Quartier wurden über die Verkehrskonzeption nicht ausreichend informiert.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Ergebnisse der durch die Planungsgruppe MWM erstellten Verkehrsanalyse wurden den Bürgerinnen und Bürgern am 17.11.2015 vorgestellt.

Am 27.02.2016 fand im Weiteren ein Bürgerworkshop zur Verkehrskonzeption statt. Die Ergebnisse dieses Workshops wurden in einem Bürgerforum am 10.05.2016 vorgestellt. Aufgrund von Anregungen aus der Bürgerschaft wurden bestimmte Punkte noch einmal geprüft und dem Bau- und Planungsausschuss in der Sitzung vom 13.09.2016 präsentiert.

Zudem wurden die Bürgerinnen und Bürger vor allem bei den letzten Veranstaltungen nicht nur durch Presseartikel, die städtische Homepage und die sozialen Medien wie Facebook und Twitter auf die Bürgerveranstaltungen hingewiesen, sondern auch durch Flyer die in den jeweiligen Quartieren durch Mitarbeiter der Stadt verteilt wurden. Für eine andere ISEK Veranstaltung der CIMA wurde versucht Geschäftsinhaber mit Migrationshintergrund durch die Verteilung von zweisprachigen Flyern und persönliche Ansprache mit Dolmetscherin sowie über die Einbindung des Integrationsrates zu aktivieren. Nur in drei Fällen wurde die Übersetzerin benötigt. Insgesamt hatte diese Form der aktiven Ansprache keinen nennenswerten Erfolg.

Platz als Gedenkstätte würdigen und nicht als Ort für multifunktionale Nutzung etablieren

Aus der Bürgerschaft:

Der Platz der Deutschen Einheit sollte weiterhin als Gedenkstätte genutzt und gewürdigt werden und nicht der multifunktionalen Nutzung wie z. B. Außengastronomie oder als Spielfläche geöffnet werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Als Ergebnis aus dem Bürgerworkshop vom 09.06.2017 lässt sich festhalten, dass in allen drei Arbeitsgruppen auch das Thema der multifunktionalen Nutzung für z. B. Veranstaltungen, Märkte, Förderung des Vereinslebens/ Kommunikationstreff aufgeführt worden sind. Wie bisher auch, so stehen die Würdigung der Gefallen Soldaten und eine verschiedenartige Nutzung des Platzes nicht im Gegensatz. Gleichzeitig zu den zeitlich festgelegten Kranzniederlegungen wie z. B. an Schützenfest und Totensonntag sind geplante Veranstaltungen selbstverständlich zu untersagen.

Umgang mit dem freien, nicht genutzten Grundstück an der Kaplan-Hahn-Straße/ Ecke Bahnstraße

Aus der Bürgerschaft:

Weshalb wird die Umnutzung dieses Grundstückes nicht weiter betrieben?

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei diesem Grundstück handelt sich um ein privates Grundstück. Gespräche mit dem Grundstückseigentümer sind bereits in der Vergangenheit geführt worden. Unabhängig von der Gestaltung des Platzes und der Verkehrskonzeption ist die Verwaltung weiterhin bemüht eine Umnutzung herzustellen und wird daher auch künftig den Kontakt zum Eigentümer suchen.

Anliegerbeiträge

Aus der Bürgerschaft:

Wo endet bei Variante A der eigentliche Platz, der nicht beitragsfähig ist und wo fängt der Bürgersteig an, welcher wiederum beitragspflichtig ist?

Stellungnahme der Verwaltung:

Der künftige Bürgersteig wird in der Breite wie er heute ist, abgerechnet. Ebenso werden die Kosten der geplanten Parkbuchten und des Straßenraums in die Anliegerbeiträge einfließen.

Dezernat II
FD 61.2 - Stadtplanung

Nein zum Umbau des „Platzes der Deutschen Einheit“

- Die Bäume auf dem Platz der Deutsche Einheit sollen erhalten bleiben, deshalb darf der Platz nicht abgesenkt werden.
- Keine Neubepflanzung mit teuren, neuen und niedrigen Bäumen wie Platanen.
- Der Platz ist ausreichend barrierefrei und mit Rollstuhl oder Rollator erreichbar, vom Kreisverkehr und über die Rheydter Straße.
- Keine Steuergeldverschwendung.
- Keine unnützen Kosten für Anlieger (Rentner/Rentnerinnen und Familien).
- Für die angedachte Nutzung des Platzes für Kinoveranstaltungen ist jeweils der fachgerechte Aufbau eines Leinwandgerüstes, Lautsprecheranlagen usw. nötig. Die Kosten belaufe sich über 1.500 Euro für jede Veranstaltung . Dazu kommen dann noch die Gebühren an die Rechterevertaler für Musik und Filme. Niemand wird das bezahlen wollen.
- Für Musikveranstaltungen gibt es keine Sponsoren, denn für Material und Musikrechte müssen sehr hohe Gebühren an die GEMA bezahlt werden.
- Die Problematik Hundeklo ist nicht zu beseitigen durch andere teure Bodenmaterialien .
- Dem Verweilen von stark alkoholisierten Personen oder Alkohol kranken Personen , die Stunden unter Krawall verweilen , ist nicht mit Verschönerungen zu begegnen .
- Der Leerstand von Ladenlokalen wird zunehmen, da die Parkplätze am „Platz der Deutschen Einheit“ wegfallen sollen.

Anlage 1